Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 7

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

werden muss. Die entsprechenden wissenschaftlichen Forschungsinstitute, Laboratorien und Experimentsstellen werden diesen Komitees übergeben.

Die administrativen Industriebezirke werden sich aber mit den «wirtschaftlich-geographischen Rayonen» der UdSSR überschneiden. Es gibt deren gegenwärtig 17, mit je einem Rat an der Spitze. Die genaue Regelung der Befugnisse dieser Organe wartet jedoch auf die neue Sowjetverfassung.

«Lokale Industrie»

wird den Industriesowjets der Gebiete, Grenzgebiete und der Landesbezirke unterstellt, ausserdem müssen sie auch die Tätigkeit der auf ihrem Gebiet liegenden Industriebetriebe (die sonst den Volkswirtschaftsräten untergeordnet sind) beaufsichtigen: sie nehmen die Berichte der Betriebsleiter entgegen und «empfehlen» entsprechende Massnahmen zur Vervollkommnung der Arbeit in diesen Betrieben. Nach der Annahme des Gesetzes vom 10. 5. 1957 wurden viele, bisher den Unionsrepubliken unterstellte Industriebetriebe direkt den Sowjets unterstellt. Auf die Bedeutung der lokalen Industrie weisen aber folgende Angaben hin: die zentralisierte auf Unions- und Republiksebene umfasst 75 Prozent des Gesamtvolumens der Industrieproduktion der UdSSR. Davon: 100 Prozent der Produktion von Roheisen, von metallurgischen Einrichtungen, Dampf- und Gasturbinen, die ganze Autoproduktion, Stahlproduktion; 98 Prozent der Eisengewinnung, beinahe 100 Prozent der Oelgewinnung, 97 Prozent der Textilproduktion, 81 Prozent der Produktion von Lederschuhen usw.

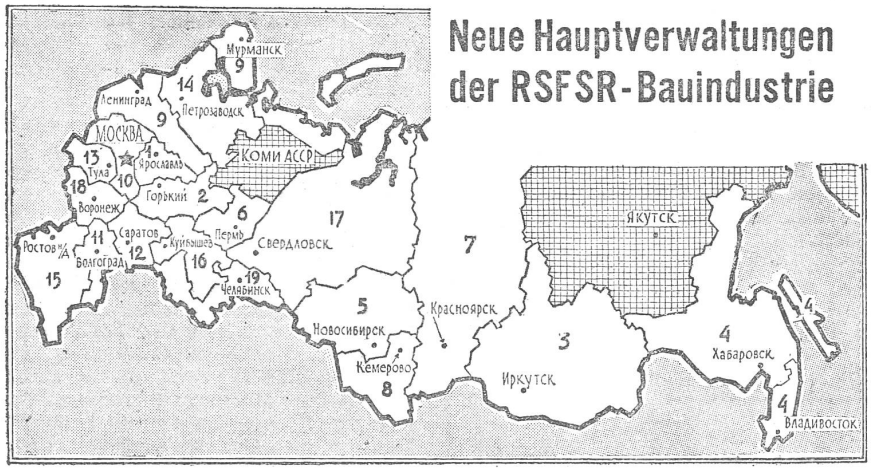
Die Lokalindustrie erhält also ausschliesslich auf dem Gebiet der Konsumindustrie gewisse Bedeutung; die in staatliche Industriebetriebe umzuwandelnde Gewerbegenossenschaften werden ihr unterstellt, ein bedeutender Teil der Lebensmittelindustrie gehört zu ihr usw.

Die Industriesowjets der Grenzgebiete, Gebiete, Nationalkreise, autonomen Gebiete und der Landesbezirke, sowie die städtischen Sowjets verwalten die «lokale Industrie» und beaufsichtigen die Unions- und republikanische Industrie, die Transport- und Handelsbetriebe, die mit ihnen zusammenhängenden Schulen; die Projektierungsorganisationen, die Dienstleistungsbetriebe sowie soziale und kulturelle Institutionen, die bei den Fabriken, Betrieben, Gruben, Kraftwerken, Eisenbahnen und anderen Industrieobjekten bestehen.

Die *«doppelte Abhängigkeit»* der Sowjets wird vollständig beibehalten. Die Exekutivkomitees der Sowjets jeder Stufe sind einerseits ihrem eigenen Sowjet (dem Plenum der Sowjetmitglieder), anderseits aber den Exekutivkomitees der höheren Sowjets untergeordnet. Die einzelnen Abteilungen des Exekutivkomitees sind einerseits den entsprechenden Abteilungen der höheren Sowjets und den zuständigen Ministerien (oder anderen Zentralorganen, zum Beispiel Staatskomitees), anderseits ihren eignen Exekutivkomitees beziehungsweise Sowjetplena unterstellt und müssen ihre periodischen Rechenschaftsberichte diesen zustellen.

Ausserdem müssen sie ihre ganze Tätigkeit mit jener der territorial zuständigen Volkswirtschaftsräten in Einklang bringen. Es betrifft vor allem die Planung und die Fragen der Entwicklung der Industrie. Es heisst zwar offiziell: seit 1957 erfolgt die Planung auf dem Gebiet der Industrie von unten nach oben, in der Wirklichkeit werden aber alle Planziffern von oben zugestellt und die Pläne müssen von oben bestätigt werden. Planungsorgane, Staatskomitees und Volkswirtschaftsräte hüten die Interessen der Einheit der Industriepolitik.

Neue Hauptverwaltungen der RSFSR-Bauindustrie



Die neue Administration des sowjetischen Bauwesens ist in ihrer Gliederung weder mit der übrigen Industrieverwaltung im Rahmen der Volkswirtschaftsräte noch mit der politischen Einteilung identisch. Unsere Karte aus dem Fachorgan für das Bauwesen, der «Stroitelnaja Gasjeta», zeigt die Aufteilung in der Russischen Republik, wo für das Bauwesen 19 Hauptverwaltungen geschaffen wurden. Nur bei den Autonomen Republiken Komi und Jakutsk (kariert dargestellt) erfolgt die Verwaltung im Rahmen der politischen Grenzen. Die Bauindustrieverwaltung (hier nach ihren Hauptstädten bezeichnet): 1. Jaroslaw, 2. Gorki, 3. Irkutsk, 4. Fernost (mit den Gebieten Chabarowsk, Wladiwostok und der Insel Sachalin), 5. Nowosibirsk, 6. Perm, 7. Krasnojarsk, 8. Kemerowo, 9. Leningrad und Murmansk (mit Karelien), 10. Moskau, 11. Wolgograd, 12. Saratow, 13. Tula, 14. Petrosawodsk (mit der schraffiert gezeichneten Waldzone Wologda), 15. Rostow/Don, 16. Kuibischew, 17. Swerdlowsk, 18. Woronesch, 19. Tscheljabinsk.

Geschichte

Sowjetunion

Der grosse Held Nikita

Der Zwanzigjahrestag des sowjetischen Sieges bei Stalingrad (die Reste der eingekesselten deutschen Armee ergaben sich am 1. Februar 1943) ist selbstverständlich in der sowjetischen Presse gebührend gewürdigt worden, wenn auch konsequent nur noch von der «Schlacht an der Wolga» die Rede ist. Stalin hat ausgespielt: die Rote Armee siegte nach der heutigen Version nicht wegen ihm, sondern trotz ihm.

Wer aber hat nach der neuen Sachlage der sowjetischen Geschichtsschreibung die Schlacht «an der Wolga» gewonnen? Nun, die Partei, die Armeesoldaten und die Bevölkerung. Dazu aber werden doch einzelnen Persönlichkeiten besondere Verdienste zuerkannt. Und unter diesen wird heute ein Name immer deutlicher genannt: Nikita Sergejewitsch Chruschtschew. Der heutige Parteichef wird immer mehr zum Mann, der den Sieg errungen hat.

Die hier reproduzierte Photographie ist der «Prawda Wostoka» vom 2. Februar dieses Jahres entnommen. Die Legende dazu lautet:

«Mitglieder des Kriegssowjets der Front, N. S. Chruschtschew, A. S. Tschujanow und Frontkommandant A. J. Jeremenko arbeiten den Gegenoffensivplan in der Periode der historischen Schlacht an der Wolga aus.»

Die Photographie ist schon als Bild bemerkenswert: die Kante des Tisches, auf dem die dominierende Gestalt Chruschtschews etwas demonstriert, wird merkwürdigerweise von den beiden andern Gestalten überhaupt nicht touchiert. Tschujanow und Jeremenko stützen sich wohl auf ihre Ellenbogen, aber diese stützen sie unbequemerweise offenbar auf Luft. Sicher lässt sich das zwar nicht sagen, denn der Zufall wollte es, dass die Photographie an diesen Stellen ebenso dunkel ist wie dort, wo Tschujanow an Chruschtschew anstösst. Ohne dass ein direkter Nachweis möglich wäre, lässt sich jedenfalls soviel sagen: wäre eine Photographie der beiden sitzenden Militärs in ein Bild mit dem dozierenden Chruschtschew samt Tisch einmontiert worden, würde es nicht anders aussehen.

Fragwürdige Bilddokumente über Chruschtschews Fronttätigkeit wären — auch das ist zu berücksichtigen — nicht ohne Präzedenz: wir können an die im Juli 1961 in der sowjetischen Presse veröffentlichte Illustration zu Chruschtschews umstrittener «Kampfinspektion» 1943 bei Kursk erinnern (KB, Nr. 27, 1961).

Schliesslich gehören Photomontagen zum eisernen Bestand sowjetischer Geschichtsillustration. Einige besonders bemerkenswerte historische Aufnahmen lassen sich schon durch die blosse Gegenüberstellung verschiedener sowjetischer Bildversionen als Fälschungen nachweisen (siehe KB, Nr. 18, 1962).

Aber die Aufnahme gibt noch weiteren Anlass zum Misstrauen. Chruschtschew amtete während des Krieges als politischer Kommissar («Politoffizier») von höherem Rang (1943 zum Generalleutnant befördert). Diese Funktionäre stehen den Kommandanten aller Stufen zur Seite und haben zunächst die Verantwortung für die politische Ausrichtung. Ihre Rolle bei mili-

tärischen Entschlüssen änderte sich allerdings gerade während der stalinistischen Periode mehrmals. Vor 1925 hatte es ein zweigleisiges Kommandosystem gegeben, bei dem der Politkommissar jeden militärischen Befehl gegenzuzeichnen hatte.

Zwischen 1925 und 1938 wurde diese aktionshemmende Doppelläufigkeit fallengelassen, aber Stalin führte sie kurz vor seiner Armeesäuberung (Tuchatschewskij und die übrigen Generale) 1938 wieder ein. Nach Beendigung des finnischen Krieges wurde den Politoffizieren die militärischen Befugnisse (für die sie ohnehin nicht ausgebildet waren) wieder entzogen. Die Kommissare wurden durch stellvertretende Kommandanten für politische Angelegenheiten ersetzt. Aber 1941 wurde das alte System noch eingeführt. Die grossen deutschen Siege zwangen dann Stalin, das ungeteilte Kommando für militärische Belange wiederherzustellen, wobei es schliesslich bis heute geblieben ist.

Das geschah nun am 9. Oktober 1942, gerade in den Tagen, als der deutsche Angriff bei Stalingrad seinem Höhepunkt zustrebte. Rokossowskis Gegenoffensive setzte eineinhalb Monate später ein, am 19. November. Nun heisst es ja in der Legende zu unserer Photographie, sie stelle die Arbeit am Gegenoffensivplan dar. Wohl ist es gerade noch denkbar, aber sehr unwahrscheinlich, dass dies vor dem 9. Oktober der Fall gewesen wäre (warum wird übrigens kein Datum angegeben?), als die Deutschen ja noch die Initiative hatten. Später jedoch hätte der Politoffizier Chruschtschew zu militärisch-strategischen Beschlüssen nichts mehr zu sagen gehabt. Auch diese Ueberlegung verstärkt also die Indizien, die gegen die Echtheit des Bildes sprechen, das die wichtige Rolle Chruschtschews im Kriege zu beweisen hat.

Schliesslich fällt noch etwas ins Gewicht was bei uns für ein ähnlich gelagertes Problem wenig erheblich wäre, aber in totalitaristischen Staaten immer sehr wichtig ist: die Berücksichtigung der Rangstellung bei dokumentarischen Aufnahmen. Demnach müsste, sollte die Authentizität des Bildes glaubhaft sein, die Figur des Kommandanten Jeremenko dominieren und nicht die massive Gestalt des politischen Beraters, selbst wenn dieser inoffiziell tonangebend wäre (was natürlich im Zeichen der Parteidiktatur der Fall sein konnte).

So oder so ist es der allerneuesten sowjetischen Geschichtsforschung vorbehalten geblieben, Chruschtschews eminente Rolle bei den grossen Schlachten des Krieges zu entdecken. Bis vor zwei Jahren war er in dieser Hinsicht unbekannt. (Ueberhaupt haben die politischen Schnüffler Stalins in der Armee die militärischen Aktionen eher gehindert als gefördert — wenn man den Versicherungen der heutigen Parteiführung glauben darf.) Aber sogar heute hat sich die wirkliche Fachliteratur nur teilweise daran gewöhnt, Chruschtschews Beitrag am Sieg einzublenden. So enthält die diesjährige Januarnummer der Geschichtszeitschrift «Woprosi Istorii» einen 16seitigen Beitrag von A. M. Samsonow über die Schlacht «an der Wolga». Dutzende von Namen werden angeführt. Aber derjenige Chruschtschews fehlt.

Chruschtschew hat den Persönlichkeitskult um Stalin abgebaut, um seinen eigenen aufzubauen. Unter anderem als Kriegsheld, der er nie war.

Energieversorgung

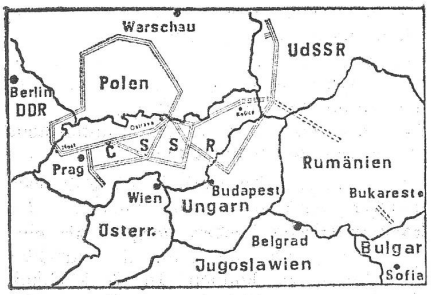
Ostblock

Comecon-Verbundnetz

Eine Vorrangstellung auf der Traktandenliste der vierten ordentlichen Exekutivsession des Comecon (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe = RGW), die Ende letzter Woche in Moskau begann, nahmen Fragen von Energiebedarf und Brennstoffversorgung im Ostblock ein. Die Erfahrungen dieses Winters mit ihrer Strom-, Oel- und Kohlenknappheit (die sich viel krasser ausgewirkt hat als bei uns) haben gezeigt, dass diesbezüglich noch keineswegs eine sichere Situation besteht.

Anderseits hat gerade dieser Monat in der Koordinierung der Stromversorgung innerhalb des Comecon-Blocks eine wichtige Etappe gebracht. Im Februar nahm in Prag die Energiezentrale ihre Arbeit auf, um die Stromversorgung innerhalb des Verbundnetzes der europäischen kommunistischen Länder zu regeln. Im Verbundnetz arbeiten bereits die Tschechoslowakei, die SBZ und Polen, sowie Teilgebiete Ungarns und der Sowjetunion. Im Sommer ist der Anschluss von Rumänien und Anfang nächsten Jahres auch von Bulgarien an das gemeinsame Netz vorgesehen. Laut Perspektivplan bis 1980, der bei den Comecon-Besprechungen von Moskau ebenfalls zur Diskussion steht, wird das Verbundnetz nach dem Zusammenschluss der Energiesysteme vom europäischen und asiatischen Teil der Sowjetunion schliesslich von der Elbe bis zur Halbinsel Kamtschatka reichen.

Der internationale Stromaustausch, der im Westen zu einer stillschweigenden Selbstverständlichkeit geworden ist (wie man in der Schweiz gerade bei einem einmaligen Stromausfall feststellen konnte), stellt als regelmässige Institution für den Ostblock eine wichtige Neuerung dar. Die verschiedenen Spitzenzeiten im Stromverbrauch der einzelnen Länder (Verschiebung der Tageszeiten von Ost nach West) lassen auf dieser internationalen Basis eine ausgeglichenere und rationellere Energieverteilung erwarten. Auch werden regionale Schwankungen oder Ausfälle besser überbrückt werden können.



Allerdings kann die eingeweihte Zentrale von Prag «keine Wunder bewirken», wie der Direktor der «Dispatcher-Verwaltung», Miloslav Schtetka, in einem Interview selbst erklärte. «Wir werden nach wie vor nur das zur Verfügung haben, was produziert wird, und eine Erhöhung des Stromverbrauchs hängt hauptsächlich davon ab, wie die Kraftwerke arbeiten, in welchem Tempo neue Kapazitäten in den einzelnen Ländern in Betrieb genommen werden, das heisst, wie die Planerfüllung der einzelnen Länder auf diesem Gebiet aussieht.» (Für die CSSR gerade sieht die Planerfüllung auf allen Gebieten schlecht aus.) Im übrigen sei die Elektrizität «für den Kommunismus ebenso notwendig wie das Blut für den menschlichen Organismus».

Die reproduzierte Karte zeigt das Comecon-Verbundnetz mit seinen ausgeführten (durchgehende Striche) und projektierten (unterbrochenen Striche) Teilen. Die Vorlage scheint in Prag für das westliche Ausland gezeichnet worden zu sein; jedenfalls brachte die sowjetische Zeitung «Kommunist» von Erewan die Skizze mit englisch geschriebenen Namen (unsere Karte aus «Neues Deutschland»).

Soziales

Jugoslawien

50 Franken Monatslohn

Jugoslawische Bauarbeiter erhalten während der Wintermonate einen Monatslohn, mit dem sie sich nicht einmal zwei Nylonhemden kaufen könnten.

Der Bericht darüber findet sich in der jugoslawischen Zeitung «Magyar Szo», die in ungarischer Sprache erscheint. Kritisiert werden die Verhältnisse in Novi Sad, wo ein staatliches Bauunternehmen seinen Maurern für die Wintermonate nur einen reduzierten Gehalt von 9000 Dinar entrichtet. Aeusserst bemerkenswert ist es, dass diese Lohnreduktion um rund 50 Prozent nur die körperlich arbeitenden Werktätigen betrifft, während die Bürofunktionäre weiterhin ihren vollen Salär beziehen, obwohl sie im Winter nicht mehr zu tun haben als die Arbeiter. Zum Hungerlohn kommt also noch die Diskrimination der physischen Arbeit. Es sei daran erinnert, dass in Jugoslawien eine Zweizimmerwohnung für 5000 Dinar schon als ausgesprochen billig gilt, dass ein Kilo Rindfleisch gut 400 Dinar kostet, ein Wintermantel 35 000 Dinar, vom Kühlschrank (70 000 Dinar) oder Fernsehapparat (120 000 Dinar) ganz zu schweigen.

Ein Arbeiterlohn beträgt in Jugoslawien etwa 18 000 Dinar, wobei die Maurer in der Saison eher auf mehr kommen können. Der Lohnrückgang beträgt also mindestens 50 Prozent, wenn nicht mehr.

Seine ironische Seite erhält der Fall noch dadurch, dass gerade im Bausektor das kommunistische System vorgibt, als einziges die Vollbeschäftigung der Arbeiter garantieren zu können. In Wirklichkeit zeigt sich oft genug, dass der Kommunismus soziale Uebelstände des Kapitalismus nicht zu beseitigen vermag und dazu noch seine eigenen Missstände hinzubringt (zu denen generell die niedrigen Löhne zählen — vergleiche Tabelle, KB, Nr. 51/1962).

Landwirtschaft

Bulgarien

Kehrtwendung zur Nebenwirtschaft

Die privat bebaute Hofstelle (gleich Nebenwirtschaft) der Kolchosbauern ist in Bulgarien aufgewertet worden, nachdem die Parteiversuche zu ihrer völligen Aufhebung gescheitert sind. Darüber hinaus ist der Gedanke einer mit persönlichem Profit bebauten Parzelle auch für städtische Verhältnisse in die Wirtschaftspolitik der Partei aufgenommen worden. Das ist das Eingeständnis, dass die Versorgung ohne Privatwirtschaft noch nicht ausreichend gewährleistet werden kann.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und der Ministerrat veröffentlichten im Amtsblatt «Drzaven Vestnik», Sofia, 8. Februar 1963) eine Verordnung über die Förderung der Viehzucht der privaten Hofstellen und die Nutzbarmachung der bisher unbebauten Parzellen in der Nähe von Wohnsiedlungen. Darin wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Partei und Regierung bestrebt sind, die privaten Hofstellen der Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) mit allen Mitteln zu fördern, da diesen beim Aufbau der Viehzucht eine wichtige Rolle zugedacht sei. Die den privaten Hofstellen gegenüber ablehnend eingestellten, meistens örtlichen Behörden, werden deshalb aufgefordert, ihre bisherige Haltung zu ändern und die Stärkung der privaten Hofstellen zu unterstützen. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass diese Hofstellen immer auf dem selben Ort bleiben und jährlich nicht verlegt werden, ferner, dass den LPG-Bauern die Möglichkeit gegeben werde, den Ertrag dieser Hofstellen laufend zu verbessern.

Die LPG-Bauern werden aufgefordert, ihre Hofstellen vorwiegend mit Futterpflanzen zu bebauen, und sie erhalten das Recht, ihr privates Vieh auch auf den Weiden der LPG kostenlos futtern zu lassen. Es sollen ihnen ferner auch Färsen, Stierkälber, Ferkel und Lämmer zur Verfügung gestellt werden.

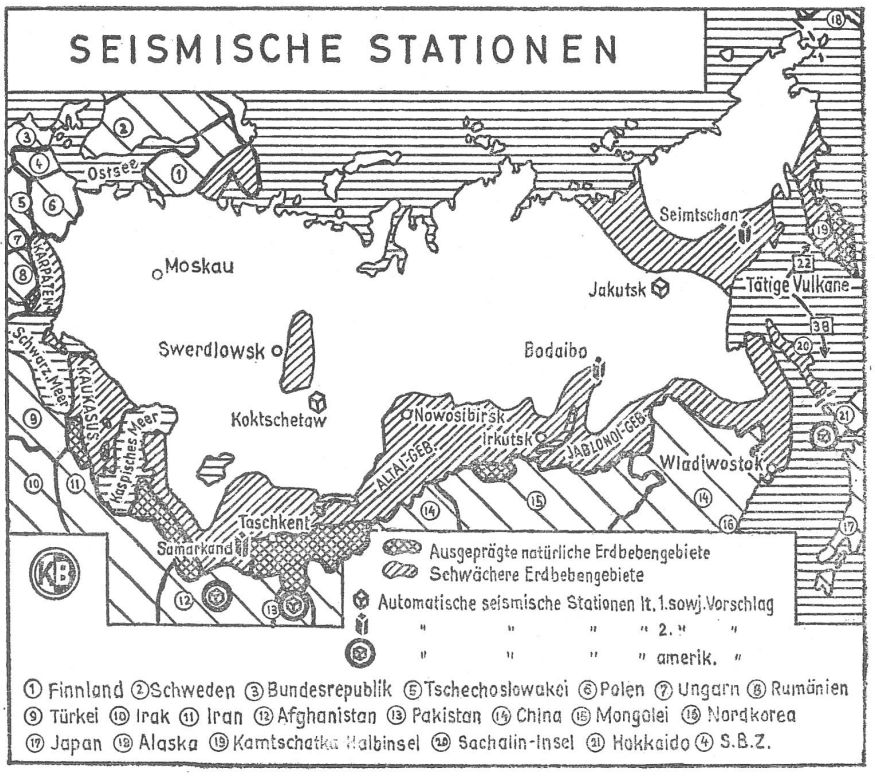
Die in der Nähe von Städten und Dörfern gelegenen unbebauten Flächen sollen den Staatsgütern und LPG, jene, die von diesen nicht bebaut werden können, den LPG-Bauern, Arbeitern, Angestellten, Pensionierten usw. übergeben werden. Die auf diesen Flächen erzeugten Agrarprodukte sind von der Einkommenssteuer und jeder staatlichen Erfassung befreit.

Diese neue Einstellung gegenüber den privaten Hofstellen ist deshalb interessant, weil zur Zeit der Errichtung der chinesischen Kommunen auch die bulgarische Landwirtschaft einen «grossen Sprung nach vorwärts» machen wollte, in dessen Zug auch mit der Aufräumung der Hofstellen begonnen wurde. Seitdem wurde diese Tendenz sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Erwägungen abgestellt, weil es sich herausstellte, dass die verstaatlichte Landwirtschaft die Versorgung des Landes nicht sicherstellen konnte.

Abrüstung

USA/UdSSR

Kontrollstationen

Die wieder aufgenommenen Abrüstungsgespräche in Genf drohen wegen der Frage einer ausreichenden Kontrolle über die eingestellten Atomversuche in der Sowjetunion einmal mehr zu scheitern. Zwar hat sich Moskau zu Beginn dieses Jahres mit sehr beschränktem Zutritt (zwei- bis dreimal jährlich) von Inspektoren auf sowjetisches Gebiet einverstanden erklärt und selbst Alternativvorschläge zum Standort der seismischen Kontrollstationen unterbreitet (siehe Karte). Zusätzliche amerikanische Forderungen (hier nicht eingetragen) gehen auf die Errichtung von Kontrollstellen auf der Halbinsel Kamtschatka im Fernen Osten und in Taschkent (Mittelasien). Der erstere Standort wird von der Sowjetunion mit der Begründung abgelehnt, dass Kamtschatka in einer Region tätiger Vulkane liege, welche eine Messung ohnehin verunmöglichten. Tatsächlich sind es gerade die natürlichen Erschütterungen (starke Erdbebengebiete entlang der sowjetischen Südgrenze u. a. m.), welche die Amerikaner auf häufige und intensive Inspektionen an Ort und Stelle beharren lassen. Sonst würden die Tarnungsmöglichkeiten namentlich unterirdischer Kernwaffenversuche zu gross. Gerade das ausgiebige Inspektionsrecht in diesen fraglichen Gebieten will aber die Sowjetunion nicht zulassen (angeblich wegen Spionagemöglichkeiten).

Unterdessen haben die Abrüstungsverhandlungen ohnehin einen neuen Schlag erhalten, da der Kreml ein vollständiges Verbot der Unterseeboote mit Polaris-Raketen (siehe letzte Nummer) erzwingen will, welche die sicherste Garantie der USA zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes gegenüber nuklearen Drohungen darstellen.